



Vom Volkstod zum Blackout

Wie sich rechtsextreme Bedrohungsnarrative wandeln

*Viel war in den vergangenen Monaten von einem »Wutwinter« die Rede, zu dem Rechtsextreme und Querdenker*innen mobilisieren. Nicht mehr die Pandemie-maßnahmen stehen demnach im Zentrum der Agitation, sondern die erwartete Energiekrise im Kontext des Ukraine-Kriegs – samt ihren ökonomischen und sozialen Folgen. Welche Narrative sich dabei entspinnen, wie sich das in die Genese rechter Bedrohungserzählungen einfügt und welche Rolle Medien und Politik dabei spielen, behandelt dieser Policy Brief.*

In aller Kürze:

- Die Vorabberichte über einen möglichen »Wutwinter« haben das Narrativ vom Blackout beflügelt.
- Medien und Politik laufen Gefahr, Protesterwartungen zu wecken und co-radikalisierend zu wirken.
- In digitalen Zeiten ist Vorsicht geboten, ob etwaige Unruhen wirklich thematisierungswürdig sind.

»Durch die mögliche Energiekrise ergibt sich für die extreme Rechte die Gelegenheit, neue Kräfte der Mobilisierung freizusetzen.«

Das Zukunftsvertrauen der Deutschen sei »kollabiert«, befand bereits im März das Allensbach-Institut. 86 Prozent rechnen demnach mit Energieknappheit. Die Abhängigkeit vom russischen Gas hat dabei auch die Vorstellung beflügelt, dass es zum Zusammenbruch der Versorgung, ja sogar der politischen Ordnung kommen könne. Vor allem in der extremen Rechten finden wir Kräfte, die einen solchen Zustand regelrecht herbeireden wollen. Entsprechend war zuletzt viel von einem »Wutwinter« die Rede, zu dem rechtsextreme Akteure mobilisieren würden.

Extreme Maßnahmen erfordern extreme Zeiten. Dieser Logik folgen extremistische Kräfte häufig. Drastische Maßnahmen setzen eben eine dramatische Situation voraus. So richtete sich die rechtsextreme Rhetorik ab der Flüchtlingskrise 2015 v.a. gegen Migrant*innen, mit denen ein »Bevölkerungsaustausch« oder gar »Volkstod« einhergehe. Mit der Pandemie ab 2020 rückte dann der innere Feind, der eine »Corona-Diktatur« etablierte, ins Zentrum der Untergangsrhetorik von rechtsextremen Kräften, aber auch der neu entstandenen Querdenken-Bewegung.

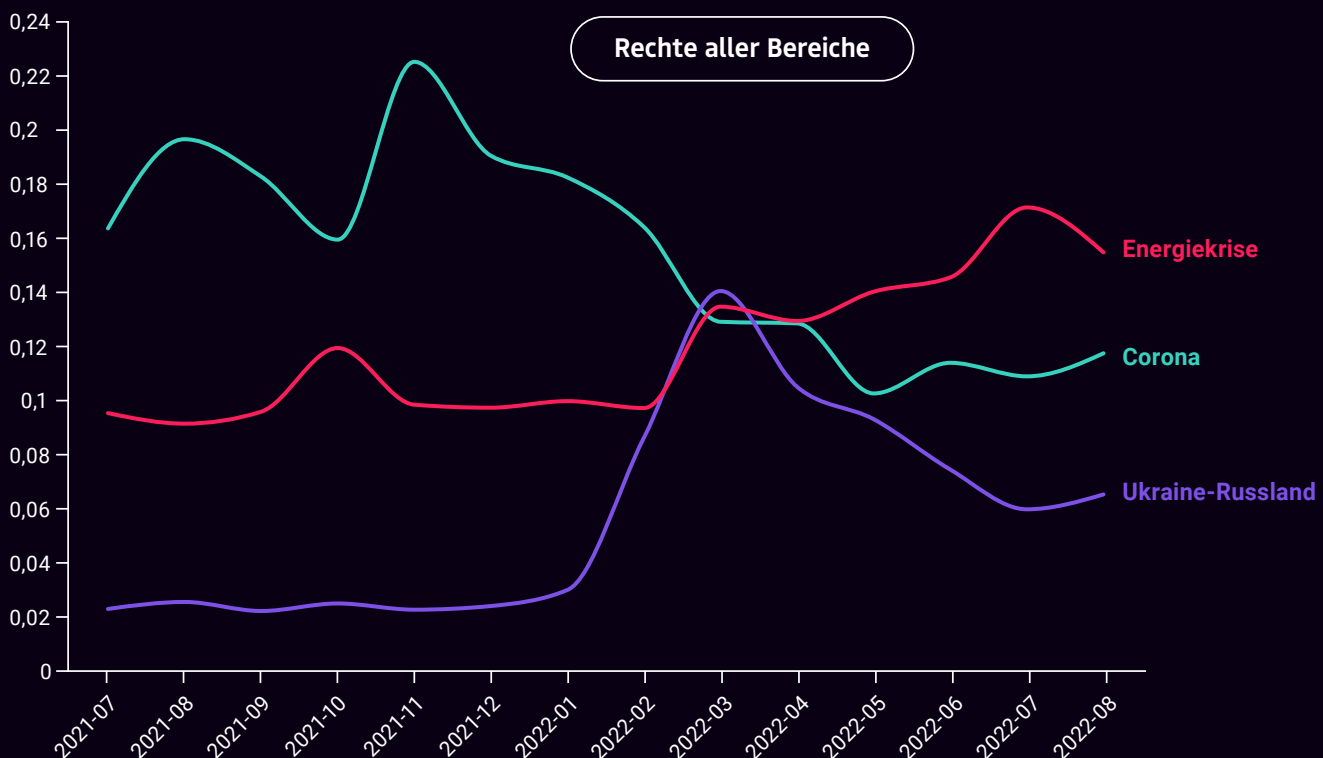
Durch die mögliche Energiekrise, einschließlich ihrer sozialen Folgen, ergibt sich für die extreme Rechte nun die

Gelegenheit, neue Kräfte der Mobilisierung freizusetzen. Wenngleich das Corona-Thema im rechtsextremen und verschwörungsideologischen Diskurs stark bleibt, deutet sich in der Angst vor einem Blackout tatsächlich ein neues Zugpferd an. Zu beachten ist dabei allerdings, inwiefern extremistische Akteure die Erzählung von Krise und Wut selbst vorantreiben – und inwiefern ihnen hier eine alarmistische Berichterstattung in die Hände spielt.

Die Entstehung der Blackout-Erzählung

Vom Himmel fällt das rechte Mobilisierungsangebot nicht – wenn auch eine Energiekrise neue Möglichkeiten schafft, um mit dem Ausmalen von Katastrophenszenarien an der Destabilisierung der Demokratie zu arbeiten. Das Blackout-Szenario bot sich dabei an, um thematisch umzusatteln und zugleich an ähnliche Diskursmuster (»Bevölkerungsaustausch«, »Great Reset«, usw.) anschlussfähig zu bleiben. Außerdem stellt die Beschwörung eines solchen Szenarios stark auf Vorstellungen ab, die aus der Prepper-Szene bekannt sind: nämlich ein Vorsorgen für den Ernstfall, in dem das staatliche Gewaltmonopol außer Kraft gesetzt ist.

Derlei Fantasien speisen sich auch aus populären Filmen, Serien und Büchern. So ist in der jüngeren Vergangenheit ein regelrechter Hype um apokalyptische Szenarien entstanden. Einige solcher Werke haben Menschen für Ideen und Praxen der Prepper empfänglich gemacht. Nicht zuletzt gibt es auch eine Verbindung zwischen Preppertum und verschwörungsideologischem Denken, das mit der Pandemie



Entwicklung von relevanten Themen in rechten politischen Milieus über Zeit. Die extreme Rechte besetzt das Thema Energiekrise besonders prominent.

ebenfalls einen populären Auftrieb erhalten hat. Beide Phänomene beruhen auf Bedrohungsgefühlen und arbeiten mit dystopischen Zeitdiagnosen.

Die ideologischen und strukturellen Überschneidungen zwischen Preppern und rechtsextremen Netzwerken sind insbesondere im Fall der Gruppe Nordkreuz deutlich zu sehen. Dieser militante Zusammenhang sehnt einen »Tag X« herbei, an dem mit politischen Gegnern abgerechnet und das System umgestürzt werden soll. Verknüpft sind solche terroristischen Ansätze auch mit der rechtsextremen Lesart des Akzelerationismus, der davon ausgeht, dass eine Art Endkampf der »weißen Rasse« aufgrund der demographischen Entwicklungen in den von Migration geprägten westlichen Gesellschaften ohnehin unvermeidbar wäre.

Die Sehnsucht nach der Katastrophe scheint durch die weltpolitische Lage nun Auftrieb zu bekommen. Dabei schließt der rechte Heldenkomplex auch an patriarchale Vorstellungen an, wonach Männer in der Pflicht wären, sich aufopferungsvoll vor Nation und Familie zu stellen. Eine mögliche Energiekrise nährt insofern die Hoffnung bei der extremen Rechten, dass das Volk zusammenrückt und seine Wut in systemsprengende Aktionen entlädt. Wie aber konnte dieser rechtsextreme Spezialdiskurs rund um den Blackout auf die Öffentlichkeit überschwappen? Diffusionstheoretisch lässt sich dieser Prozess in vier Sequenzen einteilen:

Wie ein Panikorchester zusammentritt

(1) Innovatoren: Schon vor dem Krieg war die Angstmache vor einem Blackout präsent in demokratiefeindlichen Diskursen. Vor allem der rechtsextreme Kopp-Verlag wartet seit einer Weile schon mit Produkten zur Krisenvorsorge (z.B. Powerstationen, Nahrungersatzprodukte, Selbstschutzartikel) auf, die seit 2020 von Influencern wie Eva Herman, Oliver Janich, Michael Wendler und Stefan Schubert angepriesen werden. Als Kampagnenthema wurde der Topos dann vom rechtsextremen *Compact Magazin* gesetzt, das der Blackout-Frage im April 2022 eine ganze Ausgabe widmete. In der Folge setzten sich immer mehr rechte Akteure mit dem Thema auseinander.

(2) Early Adopters: Diese Thematisierung schloss an den Umstand an, dass mögliche Energieausfälle auch außerhalb rechtsextremer Kreise diskutiert wurden. So titelte die *BILD-Zeitung* Anfang Juli mit »Blackout-Alarm«; und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder ließ sich wenige Tage später damit zitieren, dass die Regierung schuld sei, wenn es zu einem Blackout komme. Zur gleichen Zeit begannen die Freien Sachsen, Veranstaltungen zum Thema und Proteste gegen Preissteigerungen zu organisieren. Das Blackout-Narrativ wurde so auch auf die Straße gebracht. Insgesamt stieg die Thematisierung im Sommer 2022 exponentiell an.

»Die Stärke solcher Proteste wird auch über die Art hergestellt, wie über sie (im Voraus) berichtet wird.«

(3) Critical Juncture: Als wichtiger Katalysator lässt sich die von Außenministerin Annalena Baerbock im Juli getätigte Aussage ausmachen, dass es zu »Volksaufständen« käme, wenn der Gashaushalt nicht gedeckt sei. Auch das Bundesinnenministerium und der Verfassungsschutz brachten ähnliche Sorgen zum Ausdruck. Alternativmedien, rechte Influencer und Querdenker*innen werteten dies als Bestätigung eines größeren Protestpotenzials. Der Verein Ein Prozent startete daraufhin ein Podcast-Format zum Thema, während der Verleger Götz Kubitschek verkündete, dass die Rechte nun »den politischen Auftrag habe, einen heißen Herbst anzuheizen«.

(4) Mitläufereffekte: Schließlich stimmte auch die Alternative für Deutschland (AfD) in den Reigen ein und rief zu Großdemos ab Oktober auf. Auch der Tonfall verschärfte sich. Die neurechte Zeitschrift *Sezession* etwa erklärte, die Proteste seien zum Aufstand zuzuspitzen, während es für AfD-Vertreter Björn Höcke um »nichts weniger« als die Verhinderung einer »Zerstörung Deutschlands« ging. Dabei kann die Tatsache, dass einige Medien mögliche Proteste vorab schon dem rechtsextremen Lager zurechneten, bereits als erster Mobilisierungserfolg jenes Lagers gelten, da es damit zum ersten Ansprechpartner für potentiell Besorgte erklärt wurde.

Es handelt sich hier um die kondensierte Version des Themenschwerpunkts von *Machine Against the Rage*, Nr. 0 (Herbst 2022).

Online weiterlesen – mit mehr Analysen, interaktivem Dashboard und methodischem Annex:

www.machine-vs-rage.net



**MACHINE AGAINST
THE RAGE**



Das Problem der digitalen Amplifizierung

Bereits 2010 prägte der Spiegel die Bezeichnung des »Wutbürgers«. Und auch diesmal stand das Magazin Pate für den Begriff des »Wutwinters«, der von Politiker*innen und weiteren Zeitungen aufgegriffen wurde. Medien und Politik wirkten so daran mit, eine Erwartung an Protest zu wecken, die sich in bestehende Narrative rechter Akteure einfügt. Die Netzwerke, die hier am Werkeln sind, sollten nicht unterschätzt werden. Tumultartige Unruhen sind keineswegs auszuschließen, v.a. in Sachsen, wo autoritäre Einstellungsmuster bei großen Teilen der Bevölkerung bestehen.

Doch die Stärke solcher Proteste wird eben auch über die Art hergestellt, wie über sie (im Voraus) berichtet wird. Das sollte allen bewusst sein, die vor »Wutwinter«-Szena-

rien warnen und etwaige Proteste präventiv als von rechts unterwandert thematisieren. Für Medien und Politik ist es daher eine Gratwanderung, ihrem Informationsauftrag zu entsprechenden Themen gerecht zu werden, ohne in die Falle der digitalen Amplifizierung zu tappen. Sie können zunächst co-radikalisierend wirken – und infolgedessen eine panische Stimmung anheizen.

Das Lied von Krise und Wut, das im Bild vom Blackout sein dramatisches Moment findet, zeigt einmal mehr: Wie über welche Themen berichtet und diskutiert wird, spielt eine antagonistische Schlüsselrolle bei der Mobilisierung rechtsextremer Kräfte. Es bringt für sie Gelegenheiten, auf die sie sich positiv oder auch negativ beziehen können, um sich selbst ins Spiel zu bringen. Gerade in digitalen Zeiten sollten daher Politik und Medien genauer abwägen, ob etwaige Unruhen zu thematisieren sind, bevor sie sich überhaupt in nachrichtenrelevanten Protesten manifestieren.

Über die BAG

Um Maßnahmen gegen digitalen Hass proaktiv und wirkungsvoll gestalten zu können, unterstützt die Bundesarbeitsgemeinschaft »Gegen Hass im Netz« die Zivilgesellschaft mit wissenschaftlichen Instrumenten. Zu diesem Zweck unterhält sie eine hauseigene Forschungsstelle und vereinigt Akteure aus der Praxis in einem zivilgesellschaftlichen Forum. Die Wissenschaft liefert hierbei der Zivilgesellschaft Reflexionswissen – und andersrum fließt Praxiswissen in die Forschungsstelle ein. Träger der BAG »Gegen Hass im Netz« ist Das NETTZ – Vernetzungsstelle gegen Hate Speech.

Über die Forschungsstelle

Die Instrumente, um digitalen Hass besser zu verstehen, liefert uns die Digitalisierung selbst. In der Forschungsstelle der BAG kommen langjährige Erfahrung in der Extremismusforschung mit daten- und netzwerkanalytischer Expertise zusammen. So entsteht ein Monitoringsystem, das Trends in den Netzwerken des Hasses direkt erkennbar und über lange Sicht besser einschätzbar macht. Begleitet wird die Arbeit von externen Wissenschaftler*innen, die die Forschung mitentwickeln und die Methoden evaluieren. Zehn Expert*innen aus verschiedenen Disziplinen stehen hierbei beratend zur Seite.

Über den Trendreport

Die Ergebnisse und Analysen des Monitorings werden alle drei Monate in einem digitalen Trendreport veröffentlicht. Machine Against the Rage, so der Name dieses Online-Magazins, ist damit das zentrale Organ der Forschungsstelle. Es fungiert zum einen als Trendbarometer, mit dem wichtige Verschiebungen und Online-Aktivitäten in rechtsextremen und anderen demokratiefeindlichen Diskursen frühzeitig identifiziert werden. Zum anderen werden darin kritische Veränderungen der Meinungsentwicklung in relevanten Online-Milieus dokumentiert und analytisch eingeordnet.



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BAFzA oder anderer Förderpartner*innen dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Bundesarbeitsgemeinschaft »Gegen Hass im Netz«
Redaktion: Hendrik Bitzmann, Maik Fielitz, Holger Marcks, Harald Sick

E-Mail: info@bag-gegen-hass.net
www.bag-gegen-hass.net | www.das-nettz.de

Das NETTZ gGmbH
c/o betterplace Umspannwerk GmbH
Paul-Lincke-Ufer 21, 10999 Berlin

Geschäftsführung: Nadine Brömme, Hanna Gleiß
Registergericht: Amtsgericht Berlin Charlottenburg, HRB 242638 B
Geschäftssitz: Berlin